

Inhaltsverzeichnis

Die Autoren	V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIII
1. Einführung	1
2. Die Krisensituation/Insolvenzantragsgründe	3
2.1 Zahlungsunfähigkeit	3
2.2 Drohende Zahlungsunfähigkeit	5
2.3 Überschuldung (und Fortbestehensprognose)	5
2.3.1 Begriffliche Unschärfe: Fortbestehensprognose versus Fortführungsprognose	5
2.3.2 Positive Fortbestehensprognose als Ausweis der Zahlungsfähigkeit	6
2.3.3 Fortbestehensprognose ist primär Verständigung zwischen Steuerberater und Mandant	6
2.3.4 Positive Fortführungsprognose stellt umfassend die Krisensituation dar	7
2.3.5 Kreditgeber fordern in erster Linie positive Fortführungs- prognose ab	7
2.3.6 Aktuelle Überschuldungsdefinition	8
2.3.7 Überschuldung ist kein Antragsgrund, wenn die Fortführung überwiegend wahrscheinlich ist	8
2.3.8 BGH-Urteil vom 26.01.2017 (IX ZR 285/14) erhöht Haftungsrisiko für Steuerberater spürbar	9
2.3.9 Die Folgen für die Praxis der Beratung	10
2.3.10 Die richtige Vorgehensweise bei einer Überschuldungs- prüfung	10
2.3.11 Aufwändige Erstellung eines Überschuldungsstatus	11
2.3.12 Fortbestehensprognose kann nicht ohne weiteres aus Buchführung entwickelt werden	12

2.3.13	Festgestellte insolvenzrechtliche Überschuldung als Krisenfrüherkennungs-Instrument begreifen.	13
2.3.14	Sachkundige Dritte hinzuziehen.	14
3.	Das Regelinsolvenzverfahren	15
3.1	Ablauf eines Regelinsolvenzverfahrens	15
3.2	Antragsrechte und -pflichten	17
3.3	Sicherungsmaßnahmen vor Eröffnung	18
3.4	Der vorläufige Insolvenzverwalter	19
3.4.1	Vorläufige Sicherungsmaßnahmen.	21
3.4.2	Eröffnungsbeschluss.	21
4.	Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung	23
4.1	Eigenverwaltung als Sanierungsalternative an	23
4.2	Mitwirkung bzw. Beteiligte an eigenverwalteten Insolvenzverfahren.	24
4.3	Gläubigerausschuss – ergänzt und unterstützt Entscheidungen . . .	25
4.4	Sinn und Zweck des (eigenverwalteten) Insolvenzverfahrens.	26
4.5	Unterschiede Eigenverwaltung/Regelinsolvenzverfahren	26
4.6	Wann ist ein Eigenverwaltungsverfahren sinnvoll?	27
4.7	Verhältnis von Unternehmensgröße und Verfahrenskosten.	27
4.8	Eigenverwaltung legt den Fokus auf Unternehmenssanierung	29
4.9	Keine Eigenverwaltung bei strafrechtlicher (Ermittlung) Verfehlung der Geschäftsführung	31
4.10	Frühzeitige Auseinandersetzung mit dem (eigenverwalteten) Insolvenzverfahren.	32
4.11	Gläubigerverhalten in der Eigenverwaltung	32
4.12	Jede Eigenverwaltung stirbt bei „Versuch und Irrtum“.	33
4.13	Gerichte und Eigenverwaltung	35
4.14	Wunsch und Wirklichkeit – Auswahl des Sachwalters	36
4.15	Gläubigerausschuss	38
4.16	Stein des Anstoßes – Dual Track Verfahren	39
4.17	(Verfahrens-)Kosten der Eigenverwaltung	41

4.18	Sowieso-Kosten	41
4.19	Fazit.	42
5.	Abschluss des Verfahrens	45
5.1	Einstellung des Insolvenzverfahrens	45
5.2	Aufhebung des Insolvenzverfahrens	45
5.3	Rechtsfolgen der Beendigung des Insolvenzverfahrens	45
6.	Insolvenzanfechtung – Beraterhonorar in Gefahr	47
6.1	Worum geht es im Grundsatz?	47
6.2	Bei Zahlungsschwierigkeiten gilt nun die umgekehrte Vermutung ..	49
6.3	Anfechtungsfrist von § 133 InsO von zehn Jahren auf vier Jahre gekürzt	50
6.4	Ergänzung bzw. Neudefinition des Bargeschäfts nach § 142 InsO ...	50
6.5	Erfolgte Zwangsvollstreckungen weiterhin anfechtbar	51
6.6	Gesetzgeber schränkt Zinsanspruch des Verwalters deutlich ein ...	51
6.7	Anfechtungen bei Arbeitsentgelt sind besonders geregelt.	52
6.8	Konsequenzen der Reform	53
7.	Hinweispflichten bei krisenbetroffenen Mandaten	54
7.1	Musterschreiben: Hinweis auf Notwendigkeit einer positiven Fortbestehensprognose	56
7.2	Musterschreiben: Anforderung einer handelsrechtlichen Going-concern-Prognose	60
8.	Verhaltensregeln bei der Annahme oder Feststellung von Insolvenzindizien	65
8.1	Persönliche Übermittlung des festgestellten Sachverhaltes.	65
8.2	Schriftliche Übermittlung des festgestellten Sachverhaltes	65
8.3	Einstellung der Arbeiten und Mandatsniederlegung	65
9.	Haftung bei verspäteter Insolvenzanmeldung	66
9.1	Der Steuerberater als „Erfüllungsgehilfe“	66

9.2	Kontroll- und Informationspflicht der Steuerberater	66
9.3	Auskunftsansprüche	66
9.4	Mitwisser- und Mittäterschaft bei Insolvenzverschleppung/ Vermögensverschiebung/Untreue/Betrug	66
9.5	Quotenschadenhaftung	68
10.	Zurückbehaltungsrecht der Mandantenbuchhaltung im Insolvenzfall	71
10.1	Zurückbehaltungsrecht bei Zahlungsverzug	71
10.2	Zurückbehaltungsrecht im Insolvenzfall	71
11.	Maßnahmen und Kontrollen bei festgestellter Insolvenzlage . .	72
12.	Ausblick	76
13.	Anhang: Vorübergehende Gesetzesänderungen im Zuge der Corona-Pandemie durch das COVInsAG (COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz)	79
	Stichwortverzeichnis	85